Ulrich Fastenrath
Lücken im Völkerrecht. Zu Rechtscharakter, Quellen, Systemzusammenhang, Methodenlehre und Funktionen des Völkerrechts
Schriften zum Völkerrecht, Bd. 93, Duncker & Humblot, Berlin 1991, 339 S.

Die Habilitationsschrift von Fastenrath bietet mehr, als die Überschrift vermuten läßt. Der Autor behandelt nicht nur eingehend die Lückenproblematik im Völkerrecht, sondern bietet eine umfassende Methodenlehre des Völkerrechts, die auf (fast) alle Probleme dieses Rechtbereichs eingeht. In diesem Rahmen arbeitet Fastenrath zunächst die verschiedenen rechtsphilosophischen Ansätze heraus, die in der Völkerrechtslehre der Mitgliedstaaten der Völkerrechtsgemeinschaft vertreten worden sind. Anschließend zeigt er auf, wie diese verschiedenen rechtsphilosophischen Ansätze zu einer unterschiedlichen Beantwortung der einzelnen Völkerrechtsprobleme führen. Dabei werden sowohl die Völkerrechtsverträge als auch die einseitigen Völkerrechtsakte, das Völkerwirtschaftsrecht sowie die allgemeinen Rechtsgrundsätze und die verschiedenen Hilfsquellen des Völkerrechts eingehend behandelt.


Insgesamt gesehen, stellt die Arbeit einen erheblichen Fortschritt im Bereich der völkerrechtlichen Methodenlehre dar.

Albert Bleckmann

David I. Fisher
Prior Consent to International Direct Satellite Broadcasting

Fishers Buch zum internationalen Satellitendirektfunk (DBS) erscheint in einer ambivalenten Phase der völkerrechtlichen Diskussion. Zwar zeigt der erst in jüngster Zeit stark ansteigende Absatz sogenannter Satellitenschüsseln, d.h. preiswerter kleiner Parabolantennen zum Satellitendirektempfang für private Nutzer, daß sich die seit den sechziger Jahren diskutierten Probleme des kommerziellen grenzüberschreitenden Satellitenfunks nun erst-

Das Buch ist aus der Promotion des Autors an der Universität Stockholm hervorgegangen. Es besteht aus drei Hauptteilen recht unterschiedlichen Umfangs: I. State Perceptions of DBS (Seiten 11-40); II. Legislative Efforts in the United Nations of Relevance to DBS (Seiten 41-150); III. The Standing of Prior Consent Under the Principles of State Sovereignty and Freedom of Information (Seiten 151-196).


Der Autor erwähnt zwar einmal am Anfang (S. 45) und einmal am Ende dieses Teils (S. 139), daß Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen per se keine rechtlich bindende Wirkung entfalten können und keine Völkerrechtsquelle im eigentlichen Sinn darstellen. Im übrigen versucht er jedoch anhand der Verhandlungsprotokolle der zuständigen VN-Ausschüsse und diverser einseitiger Staatenklärungen nachzuweisen, daß die beiden Prinzipien der Staatsensouveränität und der Meinungs- und Informationsfreiheit sich gegenseitig nicht ausschließen und im Bereich des grenzüberschreitenden Satellitendirektfunk nebeneinander und gleichzeitig angewendet werden können. Diese Schluß-
folgerung stützt sich vor allem auf die genannte DBS-Prinzipienresolution, in der als endlich erreichter Kompromiß folgende Formel enthalten ist: DBS is to be "carried out in a manner compatible with the sovereign right of States, including the principle of non-intervention as well as the right of everyone to seek, receive and impart information and ideas as enshrined in the relevant United Nations documents" (S. 148). Was Fisher in bezug auf diese erreichte Kompromißformel und die Chancen ihrer Beachtung nicht analysiert, ist die Wirkung der beharrlichen Opposition der Vereinigten Staaten. Die USA sind als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates, als nach wie vor führende Raumfahrtmacht und als selbsternannter Fackelträger der Meinungs- und Informationsfreiheit eben nicht "only one nation", welche "voted against that resolution" (S. 150). Daher bleibt unklar, wie Fisher in der Praxis die Vereinbarkeit der Sendefreiheit staatlicher und privater Anbieter und der Empfangs- freiheit als Grund- und Menschenrecht mit der früher von den Ostblock- und Entwicklungsländern verlangten vorherigen Einzelzustimmung zu allen in ihr Staatsgebiet ausge- strahlten Sendungen erreichen will. Spätestens seit der Irak im Zweiten Golfkrieg die Aus- strahlungen der Nachrichtensendungen des Senders CNN ebensowenig verhindern konnte wie seine Verbündeten und Gegner deren Empfang durch Privatleute in ihrem Territorium verhindern konnten, ist wohl klar geworden, daß sich Feuer und Wasser in einer Generalversammlungsresolution immer noch leichter mischen lassen als im wirklichen Leben.


Auf dieser Basis wird der Leser von der abschließenden Zusammenfassung Fishers gere- dezu überrascht. Darin zeigt er in knappen Sätzen, daß ein System der vorherigen Einzelzustimmung zu individuellen Sendungen einerseits technisch unmöglich, andererseits aus freiheitlich-demokratischer Sicht auch nicht wünschenswert ist. Als Kompromiß kommt er auf den schon vorher in den anderen Kapiteln erläuterten gemeinsamen Vorschlag von Kanada und Schweden zurück, wonach ein "consent-to-systems"-Ansatz, d.h. die vorherige Zustimmung des Empfängerstaates zu dem Satellitennetz und seinen Betreibern im Sende-
staat verbunden werden soll mit gewissen Mitspracherechten der Empfängerstaaten in bezug auf Programmgestaltung und -vielfalt. Auch dieses Ergebnis ist nicht mehr zeitgemäß, da kaum zu erwarten ist, daß Staaten wie die USA rechtliche Schranken für Sender wie CNN errichten werden.


Frank Emmert

Gerard J. Tanja
The Legal Determination of International Maritime Boundaries - the Progressive Development of Continental Shelf, EFZ and EEZ Law

Unter den auch in dieser Zeitschrift besprochenen seerechtlichen Monographien, die sich speziell mit den Seegrenzen beschäftigen (vgl. VRÜ I/92, III/90, II/89), ragt das vorliegende Buch von Tanja dadurch heraus, daß es die bisher bekannt gewordenen zehn wichtigsten gerichtlich oder schiedsgerichtlich entschiedenen Streitfälle zur Abgrenzung ressourcenreicher Festlandsockel- oder Wirtschafts-/Fischereizonen ausführlich und im Zusammenhang beurteilt.
Hier dokumentiert und kommentiert er die Entstehungsgeschichte der wichtigen Artikel 74 und 83, die die Abgrenzung von Wirtschafts- und Festlandsockelzonen zum Gegenstand